

EMIL

Eimsbüttel mit Links.
Informationen
DIE LINKE. Fraktion
in der Bezirksver-
sammlung Eimsbüttel

Mai 2012

EMIL ist das viertel-
jährliche Informati-
onsblatt der Bezirks-
fraktion der LINKEN in
Eimsbüttel. EMIL, das
steht für „Eimsbüttel
Mit Links“. EMIL infor-
miert aus den Bezirken,
von der Basis, aus der
Bezirksversammlung
und den Ausschüssen.
Für Sie und euch, mit
Ihnen und euch – für
eine bessere Politik in
unserem Bezirk.

Eidelstedt

Im Mai 2012 wird in
einem Bürgerentscheid
darüber abgestimmt,
ob im Zentrum Ei-
delstedts Bäume ge-
fällt und ein Park geop-
fert werden sollen, um
das Einkaufs-Center zu
erweitern: **Seite 6 + 7**

Geburtstag

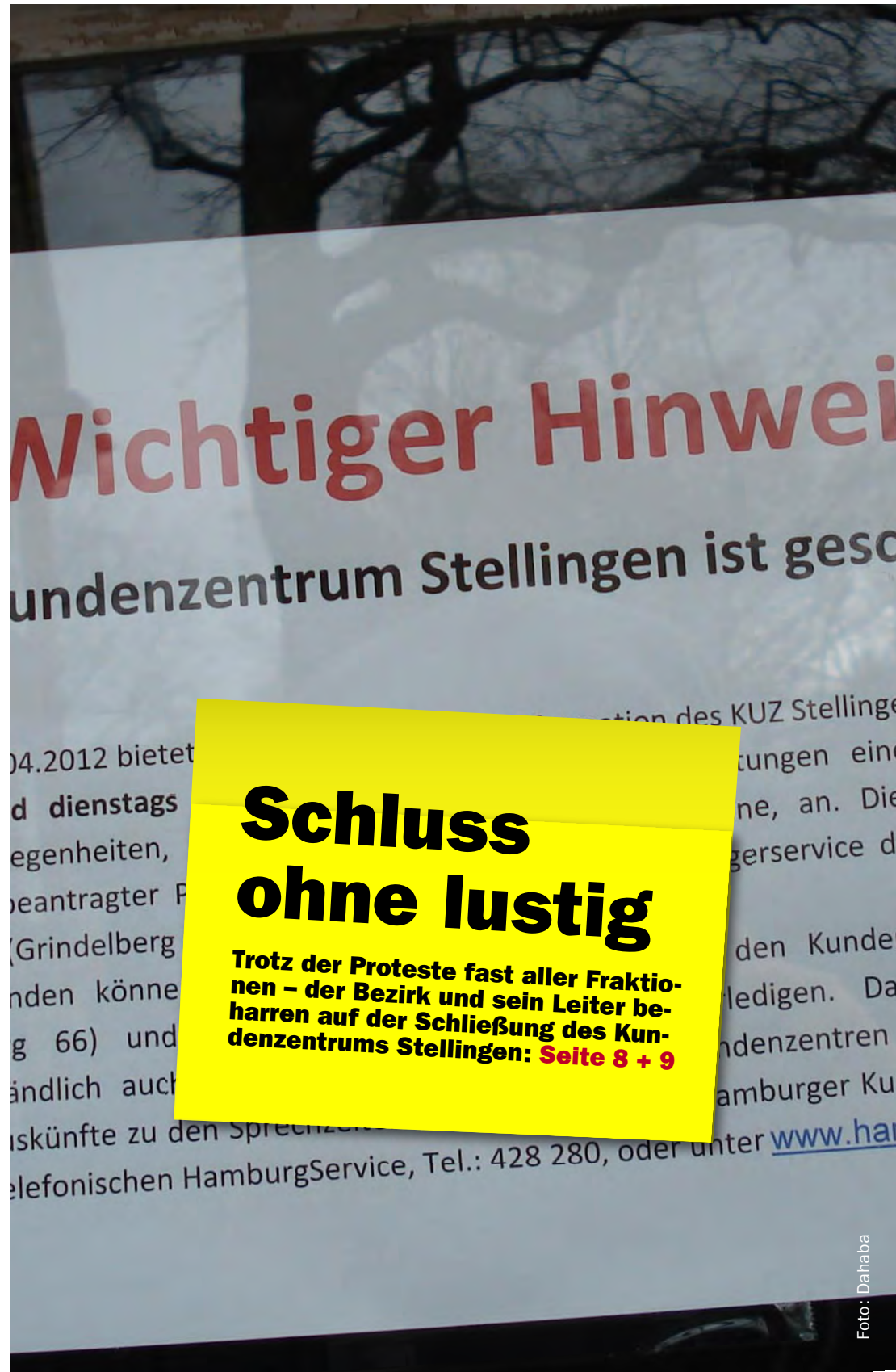
Im Eimsbüttler Weh-
bers Park feierten Bür-
gerschaftsabgeordnete
und Bezirkspolitiker der
LINKEN und namhaf-
te Künstler den 141.
Geburtstag von Rosa
Luxemburg:

Seite 10 + 11

Aus dem Rathaus

Kersten Artus fordert
ein Ende der Altersdis-
kriminierung und mehr
Mitsprache von Älteren
auf kommunaler Ebe-
ne:

Seite 15



Editorial

Von Hartmut Obens.



Foto: Privat

Das „Hamburger Abendblatt“ vom 11. April überrascht seine LeserInnen mit der Schlagzeile „Mehr Macht für die Bezirke“. Das klingt so, als hätte der Scholz-Senat Lehren gezogen, nach allen schlechten Erfahrungen mit Evokationen bei missliebigen Bürgerentscheiden.

Zum Beispiel bei der „Wulffschen Siedlung“ in Langenhorn. Oder durch die Missachtung der Eimsbütteler Bezirksversammlung in Sachen „Schnelsen 79“. Ebenso durch das hanebüchende Übergehen Eimsbüttels beim sogenannten „Busbeschleunigungskonzept“ (siehe Seite 12).

Aber lassen wir uns nicht täuschen: „Mehr Macht für die Bezirke“ – das ist typische Augenwischerei à la Olaf Scholz. Die Scholz-Machtmaschine hat alles andere als Dezentralisierung und Demokratisierung im Sinn. Es geht um „schnellere Baugenehmigungen“, um „klare Verantwortung“ und um „Vermeidung von Doppelarbeit“. Und: Es sollen zwischen 50 und 100 Stellen eingespart werden. Also: Mehr Effizienz und „Geschwindigkeit“ (für die Investoren), weiterer Personalabbau, mehr Bauanträge mit weniger Personal. Bauprüfungen? Das nur, wenn Zeit und Personal vorhanden ist. Diese Effizienzsteigerung und Personaleinsparung hat mit Demokratie und Machtzuwachs für die Bezirke nichts zu tun.

Die im Hamburger Bezirksverwaltungsgesetz festgeschriebene Machtlosigkeit der Hamburger Bezirksversammlungen begann 1937 mit dem „Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen“, mit dem die Nazis die Hansestadt zu einer kriegswichtigen Rüstungsmetropole machten. Vor dem Hitlerschen Groß-Hamburg gab es 37 Gemeinden, die weitaus mehr entscheiden konnten als die heutigen Bezirke und ihre demokratisch gewählten Versammlungen.

Diese Machtlosigkeit hat den Krieg überdauert und wurde von keinem SPD-Senat in Frage gestellt. Und seit dem Machtantritt von Olaf Scholz haben sich die Bezirke schon einige Male gewaltig blamiert. In Eimsbüttel spielt hierbei Bezirksamtsleiter Torsten Sevecke eine zentrale Rolle. Erinnerung sei nur an den „Vertrag für Hamburg“.

Im Bezirksamt führt der Paternoster bis zum 11. Stockwerk, dem Sitz des Bezirksamtsleiters. Aber der Aufstieg von Torsten Sevecke wird mit Sicherheit in einem anderem, einem Höheren Hause weitergehen.

Mit der „Partizipia“

Kinder und Jugendliche sind politikfähiger als mancher Politiker glaubt.

Von Hartmut Obens

Sind junge Leute wirklich so „politikverdrossen“, „politisch uninteressiert“ und „gleichgültig“, wie uns diverse Meinungsfabriken immer wieder weismachen wollen? Wir glauben das nicht, und deshalb unterstützt DIE LINKE alle Ansätze und Initiativen, um jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, sich in demokratischem Handeln und demokratischer Streitkultur zu üben. Demokratisches und politisches Handeln muss gelernt und trainiert werden, wie viele andere Dinge im täglichen Leben auch.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass flächendeckend Gemeinschaftsschulen geschaffen werden, die alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen individuell fördern und niemanden aussortieren. Es ist nicht hinzunehmen, dass in Deutschland bereits im Alter von zehn bis zwölf Jahren durch die Entscheidung über die Form der weiterführenden Schule über den weiteren Bildungsweg von jungen Menschen entschieden wird. Mit diesem Schulsystem ist Deutschland Weltmeister der sozialen Auslese geworden. Natürlich ist auch die Schulwirk-

Foto: Schmidt

Veranstaltungshinweis

Mai 1933 – Zuerst brannte

Verboten – verbrannt – vergessen?

Auch in diesem Jahr findet anlässlich der faschistischen Bücherverbrennung wieder eine Marathon-Lesung statt. Es ist die zwölfte Veranstaltung dieser Art. Gelesen werden Gedichte und Texte aus den verbrannten Büchern, einen ganzen Tag lang.

Marathon-Lesung

Donnerstag 10. Mai 2012, 11 bis 19 Uhr

Platz der Bücherverbrennung
(Kaiser-Friedrich-Ufer/Bundesstraße)

Fortsetzung – Szenische Lesung der Vers- und Kaderschmiede mit Adriana Altaras, Nina Petri, Gustav Peter Wöhler

Montag 21. Mai 2012, 20 Uhr, Polittbüro, Steindamm 45

auf volle Fahrt

lichkeit in Eimsbüttel davon geprägt. Auch deshalb unterstützen wir das „Partizipia“-Projekt, um Kinder und Jugendliche in Eimsbüttel im Rahmen der Kommunalpolitik zu beteiligen und diese Beteiligung dauerhaft zu installieren. Auf Grundlage eines BV-Beschlusses hat die „NaSchEi“-Agentur und „Radio Funkstark“ eine solche „Beteiligungsstruktur“ entwickelt, unter erfreulich starker Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Jahrgängen. Auch Abgeordnete der Eimsbütteler Linksfraktion gingen mit auf die „Tingeltour“ durch Eimsbütteler Schulen und haben eine engagierte Schülerschaft erlebt.

Was kann ich, was muss ich tun, um meine, um unsere Interessen durchzusetzen? Das wurde auf vier Jugendforen im Kerngebiet, in Stellingen, Eidelstedt, Schnelsen und Niendorf thematisiert. Dabei kamen eine Menge sehr guter Vorschläge und Forderungen zusammen, die es nun gilt, in der Bezirkspolitik und auch auf Senatsebene durchzusetzen. Hoffen wir, dass die Umsetzung dieser Forderungen nicht an dem scheitert, was vielerorts die „Politikverdrossenheit“ befördert: An der fehlenden Bereitschaft, der jungen Generation Geld und Möglichkeiten bereitzustellen, ihre Vorstellungen zu verwirklichen.

en die Bücher...

**Bücher-
Verbrennung
Nie wieder!**

Im Wortlaut:

Pressemitteilung: Grünes Zentrum Eidelstedt
Bürgerentscheid wird am 24. Mai stattfinden

In ihrer gestrigen Sitzung (29.3.12, die Red.) versäumte es die Bezirksversammlung Eimsbüttel erneut, sich hinter das im Stadtteil breit unterstützte Anliegen zum Erhalt des wertvollen Baumbestandes und der Freifläche im Eidelstedter Zentrum zu stellen. Das Bürgerbegehren „Grünes Zentrum Eidelstedt“ bedauert, dass die Politik mal wieder dem Investor näher steht als dem berechtigten Anliegen zahlreicher ihrer Wählerinnen und Wähler. (...)

„Die Bezirksversammlung hätte dem Steuerzahler die Kosten von ca. 220.000 Euro für das Bürgerbegehren ersparen können,“ sagt Horst Becker, Vertrauensperson des Bürgerbegehrens.

Pressemitteilung: Ja zum Bürgerbegehren
Fraktion DIE LINKE.

In der Sitzung des Hauptausschusses der Bezirksversammlung Eimsbüttel am 12. April haben die Fraktionen von SPD, CDU, GAL und FDP sich gegen das Bürgerbegehren der Eidelstedter Initiative „Grünes Zentrum Eidelstedt“ entschieden: Nur DIE LINKE solidarisiert sich mit der Bürgerinitiative und unterstützt das Ja zum Bürgerbegehren gegen die Ausweitung des „Eidelstedt Centers“.

Die Mehrheit der Bezirksversammlung macht sich zum Fürsprecher der „Center“-Investoren und plädiert für „größere Verkaufsflächen“. Dafür nimmt man in Kauf, dass der Eidelstedter Zentrumspark, sein Baumbestand und der Kinderspielplatz geopfert werden. Es wird an der überholten Vorstellung festgehalten, dass das Wohlergehen und die Zukunft Eidelstedts und seiner Bürger von Konsumkomplexen aus Beton, Stahl und Glas abhängig ist. Wir LINKE sehen das anders: Zukunft hat Eidelstedt dann, wenn sich seine Bürgerinnen und Bürger wohlfühlen, wenn ihr „grünes Zentrum“ erhalten bleibt und nicht irgendwelchen gigantischen Betonklötzen weichen muss. Wir halten es mit dem legendären sozialdemokratischen Baumeister Fritz Schumacher, der in einem seiner Gedichte die Mahnung ausspricht:

„Wenn sie euch stören, reißt die Mauern nieder. Schafft euch erbarmungslos den nöt'gen Raum. Was Menschenhand erschuf, das schafft sie wieder. Nur eines müßt Ihr schonen: ehrt den Baum!“ Eine Mahnung, die bei Sozialdemokraten und Grünen offenbar keine Beachtung mehr findet.

Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Eimsbüttel, Hartmut Obens, Vorsitzender

Siehe auch Seite 6 +7.

Migrantenwahlrecht

DIE LINKE setzt Initiative zum Kommunalen Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten in der Bezirksversammlung Eimsbüttel durch.

Von Zaklin Nastic

Bereits in der Dezembersitzung der Bezirksversammlung Eimsbüttel hat die Linksfraktion einen Antrag zum Kommunalen Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten eingebracht (siehe auch EMIL 1/2012). Ein großer Teil der Menschen mit Migrationshintergrund in Eimsbüttel (etwa 23,5 Prozent) besitzt weder einen deutschen noch einen EU-Pass. Diese Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirks haben in der parlamentarischen Demokratie keine Mitwirkungsrechte. 2008 hat der Europarat die Empfehlung an die Mitgliedsstaaten ausgesprochen, Migrantinnen und Migranten mit einer legalen Aufenthaltsdauer von mindestens fünf Jahren das aktive und passive Wahlrecht wenigstens auf kommunaler Ebene zu erteilen. Dieser Empfehlung sind bis heute 16 EU-Staaten gefolgt. Die Linksfraktion Eimsbüttel ist überzeugt, dass auch Deutschland diesen Schritt gehen sollte.

Unser Antrag wurde im Ausschuss für Bildung, Integration und Sport im Januar ausgiebig diskutiert und mündete schließlich in einem gemeinsamen Antrag der LINKEN, SPD und GAL. Jedoch konnten alle Argumente weder die Union noch FDP davon überzeugen, sich dieser Aufforderung zur Demokratisierung unserer Gesellschaft anzuschließen. Sie lehnen somit auch einen bedeutenden Beitrag zur Integration ab.

DIE LINKE sieht Integration, im Gegensatz zu CDU und FDP, nicht als einen einseitigen Akt, welcher nur durch Forderungen an die Migrantinnen und Migranten bestimmt ist. Das Kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten aus nicht EU-Staaten betrachtet DIE LINKE als einen wichtigen Schritt zur Demokratisierung unserer Gesellschaft und als einen weiteren Beitrag zur Integration. Das Ausländerrecht der Bundesrepublik ist alles andere als „gastfreundlich“. Zudem ist die Gesetzgebung zur Einbürgerung sehr erschwert worden. Klar sollte allen doch sein, dass wir ein Integrationsland sind und uns daran ausrichten müssen.

Wir sind erfreut, dass SPD und GAL unserer Anregung gefolgt sind und wir uns gemeinsam als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker für die demokratische Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in der Kommunalpolitik einsetzen können.

Zaklin Nastic ist Bezirksabgeordnete der Fraktion DIE LINKE in Eimsbüttel. Weiteres zu ihrer Person auf Seite 10.



Foto: Belietes

Einzigartig im Gebiet

Von den Streichungen der Ein-Euro-Jobs ist auch die Eimsbütteler (siehe auch EMIL 1/2012) betroffen. Mit dem Geschäftsführer Hartmut Eckert sprach

EMIL: *Wer und was ist „einfal“? Welche Projekte werden von „einfal“ betreut?*

Hartmut Eckert: Die einfal GmbH besteht seit 1989. Ursprünglich wurde einfal als Verein gegründet, um im Bezirk Eimsbüttel jungen Arbeitslosen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine berufliche Perspektive zu bieten. Schwerpunkt unserer Arbeit sind der Betrieb von Secondhand-Läden für Menschen mit geringem Einkommen. Diese bieten zusätzlich nachbarschaftliche Aktivitäten und dienen als Treffpunkt. Außerdem sind wir unter anderem in der interkulturellen Ausbildung, in der Pflege aktiv, unterhalten ein Nachbarschaftszentrum in Eidelstedt und einen Nachbarschaftsgarten, wo Anwohner ein eigenes Beet anlegen können.

EMIL: *Wieviele Beschäftigte hatten Sie früher?*

Eckert: einfal hatte bis Ende 2011 eine Maßnahme mit 25 Plätzen. Zurzeit sind zwei Festangestellte und zwei Azubis beschäftigt, die von einer 400-Euro-Kraft unterstützt werden. Finanziell sieht es im Moment nicht gut aus. Es ist sehr eng.

EMIL: *Was wird aus der Meisterwerkstatt, was aus der Selbsthilfewerkstatt und dem Fahrradparkhaus?*

Eckert: Alle drei Bereiche werden nach wie vor grundsätzlich weitergeführt, allerdings mit eingeschränktem Angebot: Seit Januar 2012 haben wir angesichts der Streichungen im Bereich der Arbeitsmöglichkeiten die Öffnungszeiten (10:00 – 18:00) leicht reduziert. Die Selbsthilfewerkstatt ist seit März nur noch zwischen 14:00 – 18:00 Uhr geöffnet. Sie wird als reine Fläche mit drei Reparaturplätzen KundInnen zur Verfügung gestellt. Werkzeugsets können ausgeliehen werden, Hilfestellung und Reparatur-



mittler Fahrradstation der Initiative „einfal“ betroffen (EMIL
n EMIL. Von Wulf Beleites

tipps können aber nicht mehr sofort geleistet werden. Eine fachliche Beratung erfolgt in dem Sinne eingeschränkt weiter, dass gegebenenfalls der Umfang einer Reparatur durch die Meisterwerkstatt oder umliegende Betriebe eingeschätzt wird. Die Leihradflotte wurde verkleinert.

EMIL: *Welche Möglichkeiten sehen Sie? Welches neue Konzept könnten Sie sich vorstellen?*

Eckert: Wir haben die geförderten Arbeitsverhältnisse nach § 16e SGB II beantragt. Hierfür müssen wir selbst einen Anteil an den Gehaltskosten übernehmen.

EMIL: *Könnte es kommen, dass im gleichen Rahmen weitergearbeitet wird, dann aber zukunftsfähige und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden?*

Eckert: Der Betrieb einer Fahrradstation mit den Bereichen Selbsthilfe, Fahrradparkhaus/Leihradbereich und Reparaturbetrieb ist ohne eine Förderung nicht umsetzbar.

EMIL: *Wie sehen die Chancen am Markt aus?*

Eckert: Der Bereich Selbsthilfe ist in der Form einzigartig in dem Gebiet. Es gibt einen großen Bedarf, gerade für Menschen mit geringeren Einkommen, durch die Selbsthilfe Fahrräder zu reparieren und somit am Fahrradverkehr teilhaben zu können.

EMIL: *Wie beurteilen Sie die überfraktionelle „Arbeitsgruppe Fahrradstation“ der Bezirksfraktionen?*

Eckert: Sehr positiv. Gut wäre es, wenn diese auch Organisationen wie den ADFC mit einbezieht.

Fahrradstation – ein zukunftsfähiges Projekt!

Bezirksversammlung bildet auf Initiative der LINKEN eine „Arbeitsgruppe Fahrradstation“ Von Hartmut Obens

Eine vertrackte Situation: Die arge hatte nicht, wie von allen erwartet, für die Weiterführung der „Fahrradstation“ unter AGH-Bedingungen dem Beschäftigungsträger „einfal“ den Zuschlag gegeben, sondern der Stiftung Berufliche Bildung. Diese wiederum kann mit dem Konzept „Fahrradstation“ nichts anfangen. Damit ist eine veränderte Sachlage entstanden, in der sich Bezirkspolitik, Verwaltung und Firma „einfal“ neu hineinzudenken haben. Aber: Diese Wendung hat ihren ganz eigenen Reiz, denn wir als LINKE können unsere Zielsetzung, die beliebte und erfolgreiche „Fahrradstation“ auf dem Unicampus weiterzuführen und zu verstetigen, ganz neu denken, und zwar ohne das Bleigewicht „Ein-Euro-Jobs“. Es macht Sinn und es ist erfolgsversprechend, an einem Konzept zu arbeiten, das da lautet: „Fahrradstation erhalten und dabei zukunftsfähige und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen!“ Das hat DIE LINKE veranlasst, zu einem Erkundungsgespräch einzuladen, an dem der Sozialraumdezent Urban Conradi und der Geschäftsführer der „einfal“ Hartmut Eckert zusammenkamen. Kurzum: Es sieht so aus, als gäbe es die Chance, auf der Grundlage von 16e-Beschäftigungsverhältnissen das bisherige Konzept weiterzuführen und weiter auszubauen: Beschäftigung und Weiterbildung von Arbeitslosen für Rundum-Service und verlässliche Dienstleistungen rund ums Fahrrad, und das weiterhin auf dem Uni-Campus, der mit den Studierenden und Grindelviertel-Anwohnern über einen guten und stabilen Kundenkreis verfügt. Der dazu erforderliche Finanzierungsbedarf erscheint auch darstellbar. Und für zunächst ein Jahr wird auch noch keine Miete für den Campus-Standort erhoben. Dafür muss allerdings langfristig eine Vereinbarung mit der Uni-Verwaltung geschlossen werden, an der zu arbeiten vornehmste Aufgabe der Bezirkspolitik und des Bezirksamtsleiters sein sollte.

Hartmut Eckert machte das Interesse von „einfal“ deutlich, an einer solchen Lösung mitzuarbeiten und die Fahrradstation-Projektleiterin, Grietje Bergmeyer, in die sich bildende „Fahrradstation“-Arbeitsgruppe zu entsenden. Erfreulicherweise haben alle Fraktionen ihre Mitarbeit zugesagt und Abgeordnete benannt, die in Kürze die Arbeit aufnehmen werden. Zur Vervollständigung dieser AG werden nicht nur die beiden Eimsbütteler Sozialraumdezenten, sondern auch ein Vertreter der arge Eimsbüttel teilnehmen.

Als 1979 mit den Planungen des Eidelstedter Zentrums begonnen wurde, sollte ein „leistungsfähiger und kommunikationsfreundlicher Stadtteilmittelpunkt“, so der Bebauungsplan Eidelstedt 53, geschaffen werden. Die Parkanlage südlich des Fußgängerbereichs der heutigen „Alten Elbgaustraße“ sollte „eine nicht kommerzielle Ergänzung des Zentrums für Erholungssuchende bieten.“ So wurde es am 22. Oktober 1985 durch die Hamburger Bürgerschaft beschlossen.

Mit erheblichem Aufwand und Einsatz von Steuergeldern ist die Elbgaustraße (die heutige Alte Elbgaustraße) zwischen Wischhofsweg und Kieler Strasse auf einer Länge von etwa 300 Metern nach Süden verlegt worden. Zwischen dem Park, der Kieler Strasse und der verlegten Elbgaustraße ist 1985/86 das Einkaufszentrum „Eidelstedt Center“ der Hamburg-Mannheimer Versicherung (heute ERGO) errichtet worden. Heute wird das Center von der MEAG verwaltet, einer Schwestergesellschaft der ERGO Versicherung.

Bereits 1986 sollte dieses Einkaufs-Center zur Steigerung der Attraktivität des Eidelstedter Zentrums beitragen. Ebenso der Park, der außerdem an das alte, dörfliche Eidelstedt erinnern sollte. Die Bestandssicherung des Parks war darüber hinaus eine notwendige Geste an die Bevölkerung, um die umfangreichen Baumaßnahmen seinerzeit überhaupt politisch durchsetzen zu können. Davon will die Mehrheit der Bezirkspolitiker heute nichts mehr wissen.

Das Problem ist durch genau die Parteien geschaffen worden, die sich nun berufen fühlen, Eidelstedt angeblich retten zu wollen. Anstatt sich an die Vorgaben des Gesetzes zu halten, sind in den vergangenen Jahren etwa 800 Metern nördlich des Eidelstedter Zentrums an der Holsteiner Chaussee diverse großflächige Verbrauchermärkte eröffnet worden. Zuletzt Möbel Höffner.

Seit Jahren muss im eigentlichen Zentrum Eidelstedts ein zunehmender Leerstand von Einzelhandels- und Gewerbeflächen beklagt werden. Dagegen soll nun ein Rezept helfen, welches eigentlich ursächlich für die ganze Misere in Eidelstedt ist: Blindwütiges, planloses und rücksichtsloses Bauen.

Ausgerechnet die Vertreter der christlichen Fraktion (CDU) hielten das aktuelle Erweiterungskonzept auf der Parkfläche ursprünglich für völlig unglaubwürdig und für verrückt, als es im März/April 2009 dem Stadtplanungs-Ausschuss Eimsbüttel vorgestellt worden ist.

Zu dieser Zeit wurde die Möbel-Höffner-Ansiedlung in Eidelstedt bereits heiß diskutiert. Die Ansiedlung

ZENTRUM oder CENTER?

Im Mai 2012 sollen alle BürgerInnen aus dem Bezirk Eimsbüttel darüber entscheiden, ob im Zentrum Eidelstedts ein etwa 2.600 Quadratmeter großer Park geopfert werden soll, um das Einkaufs-Center zu erweitern.

Von Jens Reuter

Foto: Reuter

eines weiteren Großflächenmarktes im Norden Eidelstedts würde, so wurde befürchtet, die Abwanderung der Kunden vom Zentrum nur noch weiter verstärken und das Zentrum Eidelstedts noch mehr schwächen. „Dafür übernehmen wir keine politische Verantwortung“, so zitierte der Eidelstedter Anzeiger Michael Westenberger (CDU) in der Ausgabe vom 8. April 2009, als die CDU die Center-Erweiterung auf der Parkfläche noch entschieden ablehnte.

2011 hat Möbel Höffner im Norden Eidelstedts seinen Geschäftsbetrieb aufgenommen. Das damalige Mitglied des Stadtplanungsausschusses Sebastian Hertel (CDU) wird 2009 in dem gleichen Artikel des Eidelstedter Anzeiger mit den Worten zitiert: „Sie erweitern Ihr Center um 50 Prozent und wissen nicht, was der Möbelmarkt an der Holsteiner Chaussee bringen würde? Ich finde es seltsam, dass Sie – nachdem Sie so lange damit gewartet haben – ausgerechnet in dieser Zeit die Erweiterung vorstellen. Dies ruft doch eine gewisse Skepsis hervor, ob hier nicht nur Baurecht geschaffen werden soll, um ein Grundstück in einer Bilanz besser aussehen zu lassen.“

Hertel wandte sich 2009 kritisch gegen die Erklärungen, die die Vertreter des Eidelstedt Centers zur Begründung der Center-Erweiterung vorge-



tragen hatten. Zu einem Zeitpunkt, als der Sanierungsrückstand der Center-Gebäude bereits unübersehbar war und die Bereitschaft des Investors MEAG, Geld in das schlecht laufende Center zu stecken, äußerst gering gewesen sein soll.

Ist das Verfahren B-Plan Eidelstedt 71 etwa von speziellen Interessen geleitet? Wer sich die Planbereichsgrenzen anschaut, kann diese Frage nur mit Ja beantworten. „Da der Investor der Centererweiterung auch Grundeigentümer der privaten Grünfläche ist, sind sowohl Flächenverfügbarkeit als auch die zeitnahe Umsetzung der Maßnahme gegeben.“ So die Begründung im Entwurf zum Bebauungsplan Eidelstedt 71 im April 2011.

Im bloßen Glauben und der reinen Spekulation darauf, das Zentrum Eidelstedts würde sich trotz der bestehenden Konkurrenz durch die Verbrauchermärkte an der Holsteiner Chaussee allein durch eine Vergrößerung des Einkaufs-Centers wieder beleben lassen, ist man nun bereit, den Park im Zentrum Eidelstedts zu opfern. Angeblich soll die Wegnahme des Parkes dem gesamten Zentrum Eidelstedts zugute kommen.

Von Bezirkspolitikern wird in diesem Zusammenhang immer wieder der erfolgreiche Neubau des

Elbe- und des Alstertal-Einkaufs-Center erwähnt und dabei unterschlagen, dass diese beiden Center von der Größe her betrachtet, in einer völlig anderen Liga spielen und mit den Eidelstedter Verhältnissen in keiner Weise vergleichbar sind. Auch der zu erwartende Kaufkraftabfluss zum neuen Eckhof-Center in Lurup wird gerne verschwiegen.

Als wäre dieses für Investoren freundliche Bebauungsplanverfahren nicht schon befremdlich genug gewesen, kommt der Bezirk der MEAG ein weiteres Mal entgegen:

Sogar das Planungsverfahren nimmt der Bezirk dem Investor ab und leitet das Bebauungsplanverfahren Eidelstedt 71 im Frühjahr 2011 selbst ein. Entgegen den heutigen Gepflogenheiten nimmt der Bezirk durch seine Initiative dem Investor MEAG die Kosten für dieses Verfahren ab und überlässt diese dem Steuerzahler.

Auch diese Unterwürfigkeit hat noch nicht ausgereicht: Anstatt nun Selbstkritik zu üben und die verfahrenre Situation in Eidelstedt gründlichst zu überdenken, lehnen die die Bezirksversammlung prägenden Parteien SPD, CDU, GAL und FDP die Übernahme des erfolgreichen Bürgerbegehrens „Grünes Zentrum Eidelstedt“ ab undbürden dem Steuerzahler nochmals die Kosten in Höhe von etwa 220.000 Euro für den nun fälligen Bürgerentscheid auf.

10.500 Eimsbütteler BürgerInnen haben sich vom Sommer 2011 bis Ende 2011 in dem erfolgreichen Bürgerbegehren für den Erhalt des Parks ausgesprochen. Letztendlich haben die BürgerInnen hierdurch den gültigen B-Plan Eidelstedt 53 von 1985 noch einmal bekräftigt und die Absichten der damaligen Stadtplaner und Politiker zu der Funktion und dem Bedarf des Parks in Eidelstedt nur bestätigt.

Dennoch besteht unübersehbar Handlungsbedarf im Zentrum Eidelstedts und auch im Einkaufs-Center der MEAG. Letzteres ist allerdings allein eine Angelegenheit der MEAG, nicht des Bezirks Eimsbüttel. Der Bezirk muss sich um das gesamte Zentrum Eidelstedts kümmern und muss dort nach Lösungen für die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte suchen. Und zwar mit den Eidelstedter Handel- und Gewerbetreibenden und den BürgerInnen zusammen.

Es bedarf keines Bürgerentscheids, um diese offensichtlichen Notwendigkeiten für Eidelstedt zu erkennen. So einfach, wie die Politiker den BürgerInnen (und sich selbst) glauben machen wollten, sind die Probleme im ZENTRUM Eidelstedts nicht zu lösen. Es ist ein billiger Taschenspielertrick der Politiker, immer über Eidelstedt und sein Zentrum zu reden aber nur das Einkaufs-Center der MEAG zu meinen.

Der Letzte macht das Licht aus

Das Bürgerkomitee und alle Vertreter namhafter Vereine in Stellingen und Eidelstedt sowie alle Fraktionen des Regionalausschusses Stellingen haben sich geschlossen gegen die Schließung des Kundenzentrums ausgesprochen. Etwa 150 Menschen nahmen an der abendlichen Demonstration am 29. März teil. Auf der Route von Eidelstedt bis zum Rathaus Stellingen sprachen Bürgerschaftsabgeordnete aller vier Fraktionen (FDP fehlte) sowie die Pastorin der Stellingener Kreuzkirche zu den Bürgern und Bürgerinnen. Alle waren sich einig: Das Kundenzentrum (KUZ) muss erhalten bleiben. *Von Astrid Dahaba*

Notwendig wurde diese öffentlichkeitswirksame Kundgebung aufgrund der Aussage von Tors-ten Sevecke, Bezirksamtsleiter Eimsbüttel, der die Schließung zum 31.03.2012 kurzfristig am 08.02.2012 im Hauptausschuss angekündigt hatte. Begründet wurde diese Maßnahme mit personellen Engpässen und dass dadurch kein verlässlicher Servicebetrieb mehr aufrechtzuerhalten sei. Durch die Neueinführung des Personalausweises kam es zu langen Wartezeiten und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen konnten diesen Ansturm nicht mehr bewältigen. Die sechs Personalstellen sollen auf die Ortsämter in Lokstedt und am Grindelberg verteilt werden.

Es brach ein Sturm der Empörung in der Bezirksversammlung aus. Auf Einladung des Bürgerkomitees stellte sich Sevecke den erbosten Stellingener Bürger und Bürgerinnen. Der Bezirksamtsleiter bestätigte auf Nachfrage, dass mit drei weiteren Personalstellen der Kundenservice im KUZ aufrechterhalten werden könne. Doch der SPD-Senat lässt die Bezirke im Regen stehen: Es sei kein Geld für zusätzliches Personal da, obwohl die Bearbeitungszeit bei der Einführung des neuen Personalausweises erheblich gestiegen ist. Dadurch, dass die Mitarbeiterinnen auf die anderen zwei Ortsdienststellen aufgeteilt werden, werden die Kundenströme (40.000 jährlich) nicht weniger – sie verlagern sich nur. Deshalb ist es unlogisch, wenn der Bezirksamtsleiter erklärt, dass dort das Serviceaufkommen besser in den Griff zu bekommen sei, weil das Arbeitsvolumen auf mehr Schultern verteilt wird.

Die Kundenanzahl und der Arbeitsanfall werden bleiben und diese Maßnahme bringt keine Lösung, weder finanziell noch wird der Service gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen verbessert. Hier wird

ein lang währender Prozess der Zentralisierung von Bürgeranliegen weiter fortgeführt. Andere Bezirke werden auch von den Kürzungsmaßnahmen betroffen sein.

Vor Jahren wurde eine Außenstelle in Eidelstedt aufgegeben, das Stellingener Rathaus wurde verkauft, die Stelle des Ortsamtsleiters wurde abgeschafft und nun wird das KUZ in Stellingen geschlossen. Viele ältere Bürger und Bürgerinnen sowie Eltern mit Kindern müssen jetzt den weiten Weg in die anderen Kundenzentren auf sich nehmen. Stellingen ist gebeutelt. Auf der einen Seite wird erklärt, dass durch den Ausbau des A7-Deckels die Wunde, die die Autobahn durch Stellingen gezogen hat, geschlossen werden soll, doch auf der anderen Seite wird durch die Schließung des Kundenzentrums den Stellingener Bürger und Bürgerinnen ein Stück Identität geraubt. Der Ortsteil Stellingen sollte räumlich wieder zusammenwachsen, doch das Herz von Stellingen blutet aus.

Bei der Einführung des neuen Personalausweises haben die Bezirksämter vierzig neue Stellen vom Senat gefordert, die ihnen nicht bewilligt wurden. Im Gegenteil: Der SPD-Senat will zur Sanierung der Finanzen bis 2020 jährlich 250 Stellen im öffentlichen Dienst abbauen. Ist das die Bürgernähe, von der die SPD gesprochen hat? Weitere Streichungen, die zulasten der Bürger und Bürgerinnen gehen, werden schon jetzt angekündigt.

Die CDU und FDP haben im Mai letzten Jahres in der Hamburgischen Bürgerschaft gegen eine Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf große Privatvermögen gestimmt. Fakt ist, dass für die Schließung des KUZ die auferlegte Schuldenbremse seitens des Senats herangezogen werden muss. Zu einer Erhöhung des Landeshaushalts gehört eine Effektivierung des Steuervollzugs und Initiativen zur Veränderung der Steuerpolitik des Bundes. Durch Veränderung der Steuersätze bei Unternehmens- und Einkom-

mensteuern sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnte die Kassenlage der Stadt nachhaltig positiv verändert werden. Deshalb ist das populistische Geschwätz: „Wir müssen sparen!“ nicht mehr nachvollziehbar. Im Übrigen ist der Terminus „Sparen“ an dieser Stelle falsch, denn man spart nur dann etwas, wenn man etwas in den Sparstrumpf legt. Der richtige Terminus heißt „Kürzen“.

Die sogenannten etablierten Parteien – vorne weg die CDU – stimmen in ein gemeinsames Klage-
lied gegen die Schließung des Kundenzentrums ein. Das ist äußerst widersprüchlich. Eltern wissen, wenn ihr Haushaltsbudget nicht reicht, dann muss man dafür sorgen, dass sich die Einnahmen erhöhen oder man muss sich einschränken, die Ausgaben umverteilen oder kürzen. Doch wenn der Haushaltsplan keinen Spielraum mehr zulässt, sollte man den Kindern nicht das Nötigste wegnehmen, sondern andere Lösungen suchen. Der Senat, der hier die Ver-

antwortung trägt, ist nicht gut zu seinen Bürgern und Bürgerinnen und nimmt ihnen die letzten Brotkrumen, nimmt ihnen ihr Kundenzentrum weg.

In der Bezirksversammlung hat DIE LINKE im vergangenen Oktober den Bezirksamtsleiter gefragt, ob es stimme, dass er das Kundenzentrum nicht schließen wolle, wenn sich die Bezirksversammlung gegen eine Schließung ausspreche. Darauf erklärte Tors-
ten Sevecke, dass er nicht ohne Abstimmung mit der Bezirksversammlung das KUZ schließen werde.

Nun sieht man, wie ernst die Versprechungen eines Bezirksamtsleiters gemeint waren. Kein

Wunder, dass viele Wähler und Wählerinnen das Vertrauen in die Politik verloren haben.

Nach den massiven Protesten in der Bezirksversammlung hat der Bezirksamtsleiter angekündigt, in der Vorferienzeit einen Übergangsbetrieb bis zum 21. Mai einzurichten. An zwei Tagen soll das KUZ notdürftig geöffnet sein. Gleichzeitig will der Bezirksamtsleiter alle Fraktionen und Verwaltungsfachleute zu einem Sondierungsgespräch einladen. In der formalen Anhörung des Arbeitskreises sollen nochmals alle Argumente vorgestellt und die Gespräche ergebnisoffen geführt werden. Angestrebt wird eine einvernehmliche Lösung. Ziel des Bezirksamtsleiters ist es, dass auf der einen Seite eine Verlässlichkeit der Öffnungszeiten und auf der anderen Seite die Bürgernähe erhalten bleiben soll. Es bleibt abzuwarten, wie eine Lösung aussieht. Kompromisse kann es in dieser Sache nicht geben. Es bleibt die Forderung nach einem Kundenzentrum in Stellingen mit zusätzlichen Personalstellen.

Die SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Martina Koepen kam nach der Sitzung aus dem Hamburger Rathaus zur Abschlusskundgebung vor dem Stellingener Rathaus. Ihre kurze Rede auf dem Balkon des Rathauses war sehr blass. Zum Schluss sagte sie, dass sie sich in der Bürgerschaft für den Erhalt des Kundenzentrums in Stellingen einsetzen werde. Wie sie das machen will, das hat sie nicht mitgeteilt. Überzeugend klang es auch nicht.

Auf den Punkt hingegen brachte es die Bürgerschafts-
abgeordnete Kersten Artus (DIE LINKE) in ihrem Redebeitrag: „Hamburg ist kein Unternehmen, in dem man bewusst herbeigeführte unrentable Abteilungen mal eben abschafft. Der Staat ist für die Menschen da. Und diejenigen, die ihn am dringenden benötigen, haben ein Recht auf kurze Wege!“.

Astrid Dahaba ist Bezirksabgeordnete der Fraktion DIE LINKE. in Eimsbüttel und Vertreterin im Regionalausschuss Stellingen/Eidelstedt

Für DIE LINKE in der Bezirksversammlung: Zaklin Nastic

Foto: Privat



Zaklin Nastic, Stellvertreterin der Fraktionsvorsitzende der Bezirksfraktion DIE LINKE Eimsbüttel. 32 Jahre alt, geboren in Gdingen (Polen), verheiratet, zwei Kinder, seit 1990 in Hamburg. 2000 bis 2004 Studium an der Universität Hamburg: Rechtswissenschaft, Slawistik.

Seit März 2011 Mitglied der Bezirksversammlung Eimsbüttel; Wahlkreisabgeordnete für die Stadtteile Schnelsen, Niendorf, Lokstedt (WK 07). Mitglied im Regionalausschuss Lokstedt und dem Unterausschuss für Bauangelegenheiten in Lokstedt. Tätig in folgenden Fachausschüssen: Soziales, Gesundheit, Frauen und Gleichstellung (SGFG), Bildung, Integration und Sport (BIS), Jugendhilfeausschuss (JHA), Grün, Umwelt und Verbraucherschutz (GUV), sowie Stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss (HhA).

Als Wahlkreisabgeordnete unterstützte ich, wie die Bezirksversammlung Eimsbüttel, unter anderem das Anliegen der Initiative von Schnelsen 79 gegen eine Bebauung des Landschaftsschutzgebiets am Bönningstedter Weg. Dieses wurde durch das Evokationsrecht (so wie bei Langenhorn 73) vom Senat an sich gezogen und soll gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger und der Bezirksversammlung bebaut werden. Wohnungsbau ist auch für Eimsbüttel wichtig, muss aber nicht zu Lasten von unseren wenigen Grünflächen geschehen und sollte mit der Bevölkerung und den Initiativen in einem Dialog erfolgen, statt von „oben“ diktiert werden. Wohnungen sollten vor allem aber auch bezahlbar sein für die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Bezirks und für die, die es werden wollen. So ist auch auf die soziale Mischung in unserem Bezirk zu achten und sollte nicht, wie es besonders im Kerngebiet und seinen nahe liegenden Stadtteilen geschieht, durch Gentrifizierung Einwohner verdrängen.

Des Weiteren sollte auch die sozialräumliche Entwicklung unseres Bezirks nicht durch den Sparkurs der SPD weiter vernachlässigt werden. Schulen, Kultur, barrierefreies Wohnen, Verkehrsnetz sowie verlässliche Kundenzentren gehören in die Stadtteile und dürfen nicht kaputtgespart werden. Spielplätze, Schulen, Sportanlagen, Grünflächen, Kinder und Jugendhilfe, der Bereich der Senioren, sowie weitere Bereiche werden durch die Schuldenbremse langfristig harte Einschnitte erfahren. Diese gilt es für mich als Linksfraktionsmitglied bestmöglich zu verhindern und den Sozialstaatsabbau weiterhin anzuprangern und für soziale Gerechtigkeit auch in unserem Bezirk zu kämpfen.

Fotos: Lars Buchmann



Rosa hat Geburtstag

5. März im „Rosa Luxemburg Garten“: Hier im Eimsbüttler Wehbers Park hielt Rosa Luxemburg 1900 ihre erste Rede auf Hamburger Boden. Hier wurde ihr 141. Geburtstag gefeiert. *Von Gerald Kemski*

Eingeladen in den „Rosa Luxemburg Garten“ hatte zum wiederholten Male DIE LINKE, Bezirksverband Eimsbüttel. Diesmal kamen mehr Leute als jemals zuvor. Vielleicht lag es an den Vortragenden, die Texte von oder über Rosa Luxemburg zu Gehör brachten. Dabei waren der Schauspieler Rolf Becker, die Vizepräsidentin der Naturfreunde-Internationale Petra Müller, die Bezirksabgeordnete der LINKEN, Zaklin Nastic, ebenfalls von der LINKEN die Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Kersten Artus und Hartmut Obens, der für DIE LINKE als Fraktionsvorsitzender in der Eimsbüttler Bezirksversammlung sitzt. Bis auf Rolf Becker (St. Georg) sind alle RednerInnen und Vortragenden im Bezirk Eimsbüttel wohnhaft.

Beeindruckend war vor allem die Aktualität der Texte Rosa Luxemburgs. So zum Beispiel der von Petra





Müller vorgetragene Text zum Kolonialismus. Waren es 1907 kapitalistische Kolonialmächte, die den afrikanischen Kontinent ausplünderten, sind es heute europäische Konzerne, die mit Hilfe von EU-Subventionen die afrikanische Landwirtschaft kaputtmachen.

Anliegen war es auch, Ideen zu entwickeln, wie der „Rosa Luxemburg Garten“ verschönert und verbessert werden kann. Hier kamen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Reihe von guten Vorschlägen: Blumenbeete und ein Bauerngarten sollen angelegt, ein Halbkreis mit Bodendecker bepflanzt und Fliederbäume gesetzt werden. Anklang fand auch der Vorschlag Vogelhäuser zur errichten, „da“, so eine Teilnehmerin, „Rosa gerne Vögel beobachtet hat.“ Eine Tafel mit Fotos und Lebensdaten von Rosa Luxemburg müsse aufgestellt werden. Zitate von Rosa Luxemburg sollen in den Boden eingelassen werden. Große Zustimmung auch bei dem Vorschlag eines Denkmals. Aber „die Figur müsse,“ so die praktische Ergänzung, „aus billigem Material sein, damit sie nicht gestohlen wird.“

Vielleicht gelingt es ja bis zur nächsten Rosa Luxemburg Geburtstagsfeier am 5. März 2013 den einen oder anderen dieser Vorschläge umzusetzen.

Gerald Kemski ist Mitglied des Hamburger Landesvorstandes der LINKEN für den Bezirk Eimsbüttel.



EMIL Mai 2012

Tesa verlässt Eimsbüttel

Die Beiersdorf AG will nach Norderstedt umziehen, weg aus Eimsbüttel. Dies bedeutet für 230 Mitarbeiter den Verlust ihres Arbeitsplatzes. *Von Hartmut Obens*

Tesa klebt nicht länger an Eimsbüttel – so könnte man es spöttisch umschreiben, wenn das Ganze nicht einen ernsten Hintergrund hätte, der für die betroffenen Beiersdorf-Beschäftigten bitter ausfällt. Etwa 800 Mitarbeiter, die bislang in drei getrennten Gebäuden arbeiten, sollen künftig in Norderstedt, unmittelbar an der Hamburger Stadtgrenze unter einem Dach untergebracht werden. Die Tesa-Firmenzentrale war bisher in Eimsbüttel beheimatet, das Werk in Hausbruch. Was durch Beiersdorf und in den Hamburger Medien nicht so lautstark kommuniziert wurde, ist der damit geplante Wegfall von 230 Arbeitsplätzen beim Mutterkonzern.

Man redet viel über „Erweiterung“, „größere Flächen“, „Nähe zum Flughafen“, „Konzentration von Forschung und Produktion“. Hört sich gut an. „Arbeitsplatzverlust von 230 Beschäftigten“ hört sich nicht so gut an. Damit setzt sich der Abwanderungsprozess Hamburger Unternehmen ins (schleswig-holsteinische) Umland fort, weshalb auch der Kieler CDU-Wirtschaftsminister Jost de Jager händereibend seine Politik der Standort- und Steuervorteile für die Investoren, die Politik des roten Teppichs für das Kapital lobt.

Die Bezirksversammlung Eimsbüttel hat sich auf Initiative der CDU-Fraktion mit diesem Vorgang befasst und einstimmig beschlossen, „Vertreter der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI), des Bezirksamtes Eimsbüttel und der Beiersdorf AG in den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (WAK) zu entsenden und dort über den Umzug des Unternehmens und die Folgen für den Bezirk Eimsbüttel sowie über die zukünftigen Pläne für die bisherigen Standorte zu berichten“.

Das war am 27. März, vor Drucklegung dieses Artikels. Die Fraktion DIE LINKE wird sich darum bemühen, auch Vertreter der IG Metall zu Wort kommen zu lassen, damit nicht nur die Interessen der Kapitaleseite zur Sprache kommen. Frank Ganschow, der Betriebsratsvorsitzende, bringt die ganze Zweisplältigkeit der Beschäftigten zu Ausdruck: „Einerseits ist die räumliche Situation im Forschungszentrum tatsächlich beengt. Doch Norderstedt ist natürlich nicht so sexy wie Eimsbüttel.“ Es fehle in dem Industriegebiet an Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten sowie sozialen Einrichtungen wie Kindergärten. Und: „Wir erwarten von der Stadt Norderstedt, dass sie für eine vernünftige Verkehrsanbindung und eine attraktive Infrastruktur sorgt.“

Auf der Kerngebietsausschuss-Sitzung am 30. Januar wurde einmal mehr vorgeführt, was der Scholz-Senat unter Demokratie und Mitwirkung durch die gewählten VertreterInnen der Bezirksversammlung versteht. Eine Kostprobe gab es ja bereits beim Wohnungsbauprogramm. Da wird als Billig-Alternative zur Stadtbahn von der verantwortlichen Behörde (BSU) „unter Zeitdruck“ ein „Busbeschleunigungs-Konzept“ erarbeitet und im Kerngebietsausschuss vorgetragen, weil sich „in der Kürze der Zeit“ kein anderes BV-Gremium fand. So wurde wirklich argumentiert! Ausgestattet mit einem Minimum an Unterlagen, ohne Möglichkeit einer gründlichen Vorbereitung, fanden sich die für Verkehrssteuerungsfragen nicht zuständigen Mitglieder des Kerngebiets-Ausschusses von diesen Planungen überrollt und machten dies auch auf der Sitzung deutlich. Der Hauptausschuss protestierte einhellig gegen dieses Vorgehen und forderte eine ausführliche Behandlung des Themas im dafür zuständigen Verkehrsausschuss, der am 29. Februar unter zusätzlicher Beteiligung von Mitgliedern der

funkgesteuerte Ampelsysteme

- ▶ Verlegung von Bushaltestellen an „Kaphaltestellen“, um das Ein- und Ausfädeln auf stark befahrenen Straßen zu vermeiden
- ▶ Umbau von Kreuzungen (z. B. Hallerstraße/Hoheluftchaussee)
- ▶ Verlegung oder Einsparung von Parkflächen auf den Busstrecken
- ▶ Änderungen von Busstrecken (z. B. Haltestelle Linie 4 vor Bezirksamt)

In Eimsbüttel sollen neben der Hallerstraße/Hoheluftchaussee noch weitere drei Knotenpunkte umgestaltet werden. Kosten? Ca. 5 Millionen Euro! Dazu gehört auch der Plan, die Buslinie 4 bis zur Haltestelle „Bezirksamt“ weiterzuführen und erst dann nach links in Richtung Schlump abzuzweigen. Angeblich seien viele aus Eidelstedt und dem Kerngebiet kommende Fahrgäste an einer solchen Direktanbindung an das Bezirksamt interessiert. Dem aber widersprachen die Abgeordneten aller Fraktionen und machten auf

Politische Hektik ersetzt keine vernünftige Planung

Foto: Beileites



Zum sogenannten „Busbeschleunigungskonzept“ des Senats und seinem Umgang mit den Bezirken und der Demokratie. *Von Hartmut Obens*

drei Regionalausschüsse stattfand. Diese Sitzung hatte es in sich. Sie dauerte geschlagene vier Stunden. Und die VertreterInnen der Senatsbehörden hatten wahrlich keinen leichten Stand, die kritischen Fragen der Abgeordneten sachgerecht zu beantworten. Auch die Senatsvertreter fanden den Begriff „Busbeschleunigungskonzept“ eigentlich zu eng und auch nicht angemessen für das, worum es eigentlich geht: In zwei Ausbaustufen soll das öffentliche Nahverkehrssystem in Hamburg ausgebaut werden. Bis 2016 sollen die Buslinien mit hohen Fahrgastzahlen effektiver und effizienter organisiert werden. Das hat für Eimsbüttel mit den Linien 4, 5 und 15 (Metrobuslinien) eine große Bedeutung. Was sind die Eckpunkte dieser Planung?

- ▶ Zusätzliche Busspuren vorrangig für die Buslinien 4, 5 und 15
- ▶ Bevorrechtigung von Bussen durch

die damit einhergehenden Probleme sachkundig aufmerksam (Reduzierung von Parkraum, Verdrängung der Radfahrstrecken, Blockierung des „Restverkehrs“ auf der Hoheluftchaussee usw.) Als besonders problematisch wurde die Nichtberücksichtigung des Universitäts-Mobilitätskonzepts angesehen. Nach diesen Senatsplänen gäbe es keine Anbindung der Buslinie 4 an den neuen „MIN“-Campus, was einmal mehr deutlich machte, dass es auch senatsintern (BSU/Wissenschaftsbehörde) keinerlei Kooperation gegeben hat.

Die Abgeordneten waren sich einig: Weder das Kosten/Nutzenverhältnis stimmt noch ist die Zukunftsfähigkeit dieses Konzepts sichergestellt. Den bohrenden und sachkundigen Fragen der Abgeordneten aller Fraktionen blieben die SenatsvertreterInnen so manche Antwort schuldig. Und es gereichte ihnen zur Ehre, dass sie das auch offen zugaben.



Foto: Hochmuth

Links wirkt:

Bezirksversammlung beschließt Neugestaltung des U-Bahn-Hoheluft-Vorplatzes

Nach einem halben Jahr intensiver Arbeit ist es jetzt beschlossene Sache. Auf Initiative der LINKEN wurde im Kerngebietsausschuss eine interfraktionelle Beschlussempfehlung an die Bezirksversammlung am 23. Februar vorgelegt, die einstimmig beschlossen wurde. *Von Hartmut Obens*

Es hat sich also gelohnt, hartnäckig und unbeeindruckt von Querschüssen aus Presse und anderen Parteien an diesem wichtigen Ziel festzuhalten.

Als ich auf der besagten Bezirksversammlung unsere erste EMIL-Ausgabe vom August vorigen Jahres zeigte, in der ein von unserer Fraktion beim Architekten J. C. Kottmeier beauftragter Entwurf zur Neugestaltung des Vorplatzes vorgestellt wurde, war schon zu merken, dass das den anderen Fraktionen, SPD, GAL, CDU und FDP gar nicht schmeckte. Auch der Hinweis, dass unser Neugestaltungsvorschlag immer wieder „abgeschmettert“ („Eimsbütteler Wochenblatt“) wurde und nunmehr erfolgreich sei, ließ die Fraktionsspitzen der

Mehrheits-Fraktionen laut und unruhig werden. Auf der Informationsveranstaltung zum Hoheluft-Domizil hatten sie noch andere, eher kleinlautere Töne von sich gegeben, denn dort fanden sie unseren Vorschlag durchaus unterstützenswert.

Aber was die Herren offenbar nicht über sich bringen konnten, war, den Erfolg der LINKEN zu würdigen. Also ernannte man sich flugs zu den eigentlichen Urhebern dieser Idee, die nur, aus „Respekt“ vor dem Bürgerentscheid, „vorerst zurückgestellt“ wurde. Wie viel „Respekt“ vor dem Bürgerentscheid man tatsächlich hatte, wurde indes durch das Unterlaufen des Bürgerentscheids deutlich, wo aus einem Nein der Bürger zum Hoheluft-Kontor ein Ja der Verwaltung und der Mehrheitsfraktionen zum Hoheluft-Domizil wurde. Garniert wurde das alles noch mit dem Wiederauftischen längst widerlegter Lügen („LINKE will an das Isebek-Ufer ran“) und anderer Boshaftigkeiten, die aber deutlich machten: Hier hat sich jemand verkalkuliert, wurde aber angesichts der öffentlichen Stimmen und Stimmungen eines Besseren belehrt.

Es war eine der wichtigsten Aufgaben der von unserer Fraktion herausgegebenen Fraktionszeitung EMIL, die Öffentlichkeit kontinuierlich über das Thema „Vorplatz-Neugestaltung“ zu informieren. Den Erfolg dieser Informationsarbeit, den hatten die Mehrheitsfraktionen offensichtlich unterschätzt. Interessant ist es, hier einmal Herrn Dr. Sevecke zu zitieren, der auf der besagten Veranstaltung folgendes ausführte: „Mein Name ist Torsten Sevecke, Bezirksamtsleiter. Das ist die Situation, wie sie besteht. Es gibt von der Linken einen Vorstoß, aber das setzt sehr aktives Handeln der BV voraus. Wir werden als Bezirksamt da passiv bleiben. Persönlich finde ich den Hammer auch hässlich. Es gab dazu damals die Planung, jetzt haben wir aber eine andere Situation.“ (Aus dem Live-Protokoll zur Info-Veranstaltung).

Soweit zum Thema „Urheberrecht“. Aber sei's drum, in der Politik gibt es keinen Patentschutz. Jetzt geht es eher darum, den auf der Bezirksversammlung gefassten Beschluss, durch einen Beteiligungsprozess der Anwohnerinnen und Anwohner die Neugestaltung von Vorplatz und Kehre in die Tat umzusetzen.

Dazu wird DIE LINKE in Kürze einen Antrag vorlegen, der zum Ziel hat, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in den Prozess zur Gewinnung von Ideen und Vorschläge einzubeziehen oder, besser gesagt, die Neugestaltung des Vorplatzes zu einer Sache der Anwohnerinnen und Anwohner selbst zu machen. Vorbild dafür könnte ja der von Markus Birzer und seinem Team moderierte Beteiligungsprozess sein, der bei der Uni-Neubaugestaltung durchgeführt wurde. Also: Herr Birzer, übernehmen Sie!

CDU: „Gegendarstellung“

Im EMIL-Heft Januar 2012 wird ein Abgeordneter der CDU-Bezirksfraktion Eimsbüttel mit der folgende Äußerung wörtlich zitiert: „Migranten, lernt gefälligst Deutsch!“.

Dieses Zitat ist falsch. Es ist nicht der Fall, dass ein Abgeordneter der CDU in der Bezirksversammlung Eimsbüttel diesen Satz so wörtlich oder sinngemäß gesagt hat.

Der Bezirksabgeordnete, dem dieser Satz in den Mund gelegt wird, ist besonders um eine erfolgreiche Integration von Migranten bemüht und engagiert sich stark für die Integration ausländischer Jugendlicher, insbesondere im Jugend-Breitensport.

Für den zitierten Abgeordneten und für die CDU-Fraktion in Eimsbüttel bedeutet Integration ein wechselseitiges Bemühen um Verständnis für die Besonderheiten des jeweils anderen.

Über Integration wird viel geschrieben und gesprochen. Wikipedia definiert Integration wie folgt: „Der Prozess der Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund besteht aus Annäherung, gegenseitiger Auseinandersetzung, Kommunikation, Finden von Gemeinsamkeiten, Feststellen von Unterschieden und der Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung zwischen Zugewanderten und der anwesenden Mehrheitsbevölkerung. Im Gegensatz zur Assimilation (völlige Anpassung), verlangt Integration nicht die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität.“

Für eine erfolgreiche Integration ist es danach erforderlich, dass die Menschen, die in einem Land wohnen, eine gemeinsame Sprache finden. Integration bedeutet aber auch, dass die Mehrheit die neuen Einflüsse durch die Migranten nicht nur akzeptiert, sondern als Bereicherung anerkennt. Wer behauptet, Integration kann ohne Bemühen von beiden Seiten, also sowohl von der Mehrheitsgesellschaft, als auch von den Migranten gelingen, ist in Wahrheit an Integration nicht interessiert.

gez. CDU-Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

EMIL: „Fünf – setzen!“

Gemäß § 11 (1) des Hamburgischen Pressegesetzes sind wir verpflichtet, eine Gegendarstellung abzdrukken. Dem kommt die Redaktion EMIL natürlich gerne nach, allerdings verzichten wir nicht auf einen „Redaktionsschwanz“ zu dieser „Gegendarstellung“. Hier aber fangen die Probleme und Fragen schon an: Ist der nebenstehende Text eine Gegendarstellung oder eher ein launiger Leserbrief?

Die formalen Kriterien einer Gegendarstellung sind in dem Text der CDU-Bezirksfraktion nicht erfüllt. Bewertung und Note für diese „Gegendarstellung“: Fünf – setzen! Das Muster für eine Gegendarstellung ist, der redaktionellen Behauptung eine Gegenposition entgegenzustellen (falsch ist... – richtig ist vielmehr...).

Gegenstand einer Gegendarstellung sind „Fakten“ und „Gegenfakten“, keinesfalls aber die persönliche

Beschreibung der Bemühung „um eine erfolgreiche Integration von Migranten“ und eines Engagements „für die Integration ausländischer Jugendlicher, insbesondere im Jugend-Breitensport.“ Ebenso unzulässig sind Schmähkritik („... ist in Wahrheit an Integration nicht interessiert.“) oder ein oberlehrerhaftes Zitat aus Wikipedia. Wer also ist dieser anonyme CDU-

Abgeordnete, der sich hinter seiner ganzen Fraktion versteckt. Zwar kann auch eine politische Partei als „Betroffene“ eine Gegendarstellung verlangen, aber nach Paragraf 11, Absatz 2 „bedarf (sie) der Schriftform und muss von dem Betroffenen oder seinem gesetzlichen Vertreter unterzeichnet sein.“ EMIL kennt den Klarnamen, ist aber so fair, den „Betroffenen“ nicht aus seinem schützenden Dunkel an die Öffentlichkeit zu zerren. Bezeichnend auch der Satz auf seiner Facebook-Seite (291 Freunde): Er „teilt nur einige Informationen öffentlich.“

Wir hingegen teilen öffentlich mit: Richtig ist, dass EMIL und die LINKS-Fraktion an ihren Aussagen festhalten.

Wulf Beleites, Redaktion EMIL



Vorbild für eine richtige Gegendarstellung

Mehr Alter wagen!

Die Eimsbüttler Bürgerschaftsabgeordnete **Kersten Artus** (DIE LINKE) ist auch seniorenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und fordert ein Ende der Altersdiskriminierung sowie mehr Mitsprache von über 60-Jährigen auf Bezirksebene. Hier schreibt sie über das Engagement der Bürgerschaftsfraktion für ältere Menschen in Hamburg.

Jack Wolfkin

Das Jahr 2012 steht in Hamburg ganz im Zeichen der Seniorinnen und Senioren: Anfang Mai findet der 10. Bundesseniorentag in Hamburg statt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren (BAGSO) veranstaltet ihn im CCH. Auch DIE LINKE wird mit einem Stand vertreten sein, mindestens 20 Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion, unter ihnen Klaus Ernst, nehmen teil. Der Kongress bietet neben einer Ausstellung viele Foren für eine breite Debatte.

Die Bürgerschaftsfraktion hatte vor einigen Monaten die gesundheitliche Situation älterer Menschen beim Hamburger Senat abgefragt. Herausgekommen sind unerfreuliche Daten: Die Anzahl der Menschen, die frühverrentet werden müssen, hat drastisch zugenommen. Ursachen sind psychische Leiden (Depressionen) sowie Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems. Sie erhalten oft nur eine Grundsicherung – die liegt mehrere Hundert Euro monatlich unter der durchschnittlichen Armutsgrenze von ca. 900 Euro.

Die Armutsquote bei über 65-Jährigen liegt in Hamburg bei acht Prozent. Das erscheint in Anbetracht der durchschnittlichen 14 Prozent in Hamburg gar nicht so negativ. Allerdings, sagt selbst der Senat, wird der Anteil zunehmen. Ursachen sind das Hartz-IV-System, der Anstieg bei den Niedriglohnjobs und die Altersdiskriminierung im Beruf: Wer über 50 ist und seinen Arbeitsplatz verliert, hat kaum Chancen auf einen Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt. Die Rente erst ab 67 wird die Armutssituation weiter verschlimmern.

Die Linksfraktion hatte im Sommer angekündigt, ein Seniorenmitwirkungsgesetz in die Bürgerschaft einzubringen. Die Mitsprache von Älteren auf kom-

munaler Ebene ist wichtig, etwa wenn es um die Infrastruktur geht. Oder, wie das Beispiel Eimsbüttel zeigt, um die Schließung eines Kundenzentrums.

Die Presseerklärung der Linksfraktion dazu war kaum in der Welt – da schob die SPD umgehend einen eigenen Antrag für ein Seniorenmitwirkungsgesetz nach: Anfang 2012, hieß es darin, sollte der Senat der Bürgerschaft ein solches Gesetz vorlegen. Die Absicht war klar: Rechtzeitig zum BAGSO-Kongress wollte der Senat mit einem Hamburger Gesetz glänzen. Doch daraus wurde nichts. Auf eine Anfrage der LINKEN musste der Senat zugeben, dass er es vor April nicht schafft, das Gesetz einzubringen. Große Klappe, wenig dahinter ...

Inhaltlich wird die SPD sich vor allem schwer damit tun, den Seniorinnen und Senioren echte Mitwirkung zu ermöglichen: Die Linksfraktion fordert ein Rede- und Antragsrecht auf Bezirksebene, eine angemessene Aufwandsentschädigung und ausreichend Personal, um die Seniorenbeiräte in ihrer Arbeit zu unterstützen. Alles andere ist Schaufensterpolitik.

„Mehr Alter wagen!“ ist das Motto der Bürgerschaftsfraktion im Hamburger Senioren-Jahr 2012. Die Älteren von heute sind viel jünger als Gleichaltrige vor noch wenigen Jahrzehnten. Die Lebenserwartung steigt. Die spezifischen Bedürfnisse und Interessen – bei der Gesundheit, beim Wohnen, im Beruf, gilt es, ausreichend zu berücksichtigen. Hierfür macht sich DIE LINKE stark.

Kersten Artus (Eimsbüttel) sitzt für die LINKE in der Hamburger Bürgerschaft, deren Vizepräsidentin sie auch ist.

Zugewählte Bürger und Bürgerinnen

Foto: Beleites



In der Januar-Ausgabe des EMIL hat Martina Nemes so gut und umfassend von der Situation Zugewählter BürgerInnen erzählt, dass ich mich dem nur anschließen kann. Ich wollte in die Lokalpolitik „reinschnuppern“, ganz vorsichtig, ohne die gesamte Arbeits-

belastung, die mit einem Mandat verbunden ist, schultern zu müssen. *Von Helli Laab*

Da ich mich für Wohnungspolitik interessiere, hab ich mir den Regionalausschuss Lokstedt (als Vertreterin von Zaklin Nastic) und den Stadtplanungsausschuss (als Vertreterin von Hartmut Obens) ausgesucht. Was in den nächsten Jahren im Bezirk an Bauvorhaben ansteht, muss durch diese Ausschüsse. Um überhaupt zu verstehen, wovon da die Rede ist, braucht es einen Grundstock an Wissen – etwa zum Baurecht und sich den anzueignen, das ist schon eine Aufgabe. Natürlich hilft mir da der offene, kollegiale Umgang in unserer Fraktion, die Unterstützung erfahrener KollegInnen. Und auf einer einschlägigen Weiterbildung des Bezirksamts zwei „alte Hasen“ anderer Fraktionen zu treffen, die sich auch nicht scheuen, zu ihrem partiellen Nichtwissen zu stehen, fand ich als Anfängerin ebenfalls sehr ermutigend.

Stichwort Weiterbildung: Ein großer Teil der bezirklichen Wohnungspolitik ist durch die Landespolitik, die Bundespolitik und durch die EU bestimmt. Man denke etwa an die Ankündigung unserer Landesregierung, in den nächsten Jahren 6000 Wohnungen pro Jahr in Hamburg zu bauen und ihre Aufforderung an die Bezirke, Baugenehmigungen zügig auszustellen. Oder die Bereitschaft des Senats, zu „evozieren“, also Verfahren an sich zu ziehen, wenn ein Bürgerentscheid anders als gewünscht ausgeht. Langenhorn 73 zeigt da, dass unter dem Deckmäntelchen Wohnungsbau knallharte Interessenpolitik für Investoren betrieben wird, die Vernichtung preisgünstigen Wohnraums wird möglicherweise nicht angestrebt, aber doch billigend in Kauf genommen. Steuerliche Abschreibemöglichkeiten für Investoren im Wohnungsbau wären als ein Beispiel unter vielen für den Einfluss der Bundespolitik zu sehen und die EU versucht gerade, bestimmte Formen der Förderung von Sozialwohnungsbau als dem Wettbewerbsrecht widersprechend darzustellen, übt also massiven Einfluss aus. Eine brandgefährliche Sache. In Holland ist es der EU gelungen, den Verkauf von 70000 Sozialwohnungen zu erzwingen. Würde man diese Zahlen auf Deutschland umlegen, ginge es um das Zehnfache.

Will man sich also in das Thema Wohnungsbau und Wohnungspolitik einigermaßen einarbeiten, empfiehlt es sich, einen Blick über die Bezirksgrenzen zu werfen, viel zu lesen und einschlägige Veranstaltungen und Fortbildungen wie parteiinterne Arbeitskreise zu besuchen. Und wichtig ist, das angeeignete Wissen auch weiterzugeben. Etwa kleine Beiträge für die Bezirkswebsites schreiben.

Langweilig wird mir bestimmt nicht – und ich halte es für eine sinnvolle Aufgabe. Es lohnt sich, sich hier zu engagieren.



Herzlich willkommen in der Geschäftsstelle der Fraktion **DIE LINKE**. in der Bezirksversammlung Eimsbüttel! Sie finden uns in der **Dillstrasse 16** (Souterrain). Unseren Geschäftsführer Gerald Reichert treffen Sie zu den Öffnungszeiten

dienstags 15 bis 18 Uhr und donnerstags 9 bis 12 Uhr sowie nach Absprache. Auch unsere Bezirksabgeordneten freuen sich, nach Terminabsprache, auf ein Gespräch mit Ihnen. Rufen Sie uns an: **(01 76) 88 05 25 74** oder **(0 40) 53 26 26 76**. Mailen Sie uns: **info@linksfraktion-eimsbuettel.de** Mehr über uns auf unserer Website: **www.linksfraktion-eimsbuettel.de**

DIE LINKE.